



Friedrich Haag

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Mitglied der FDP/DVP-Fraktion

Friedrich Haag MdL · Konrad-Adenauer-Str. 3 · 70173 Stuttgart

PRESSEMITTEILUNG

Land Baden-Württemberg plant LEA in Stuttgart unbefristet

Stuttgarter Landtagsabgeordneter Friedrich Haag: Stuttgart darf nicht Last des ganzen Regierungsbezirks alleine tragen

Seite 1/1

Stuttgart, 21. August 2025
Friedrich Haag MdL
Mitglied der FDP/DVP-Fraktion
Wohnungsbaupolitischer Sprecher
der FDP/DVP-Fraktion
Mitglied im Verkehrsausschuss

friedrich.haag@fdp.landtag-bw.de
www.fdp-dvp-fraktion.de
www.friedrich-haag.de

facebook.com/haagfdp
instagram.com/haagfdp

Landtagsbüro
Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Straße 3
Besuchereingang:
Stauffenbergstraße 1
70173 Stuttgart
T: 0711 2063 9240

Wahlkreisbüro
Weißenburgstr. 29
70180 Stuttgart
T: 0711 9459 1111

Das Land Baden-Württemberg plant die Einrichtung einer dauerhaften Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) für Geflüchtete in der Landeshauptstadt - im Gegensatz zur derzeitigen LEA in Ellwangen, die zum 31. Dezember 2025 geschlossen wird.

Das geht aus dem Antwortschreiben des Ministeriums für Justiz und der Migration auf eine Anfrage des Stuttgarter FDP-Landtagsabgeordneten Friedrich Haag hervor.

Haag kritisiert die Pläne scharf:

"Die Pläne sind aus meiner Sicht völlig fehlgeleitet. Es darf nicht sein, dass Stuttgart dauerhaft die komplette Last für den ganzen Regierungsbezirk tragen soll. Das Land hat die Grenze des Zumutbaren längst überschritten - mit seinen Plänen für eine LEA, einen Maßregelvollzug für psychisch kranke Straftäter und einem Gefängnis für die Abschiebehaft am Stuttgarter Flughafen. Eine faire Verteilung sieht für mich anders aus."

Derzeit prüft das Land insgesamt fünf verschiedene Gebäudekomplexe im Industriegebiet „Mittlerer Pfad“ in Stuttgart-Weilimdorf (Hausnr. 9; 13-15; 15-17; 19; 25-27) priorisiert. Für den Standort Mittlerer Pfad 13-15 mit insgesamt 30.000 Quadratmetern Nutzfläche hat das Land bereits eine Bauvoranfrage eingereicht, die nun zur Prüfung beim Stuttgarter Baurechtsamt vorliegt.

Der FDP-Abgeordnete warnt vor den Risiken einer LEA:

"Eine Großstadt wie Stuttgart ist ungeeignet für eine LEA. Denn sie stellt nicht nur ein Risiko für die Sicherheit dar, sondern verdrängt auch Gewerbe im direkten Umfeld, was langfristig negative Auswirkungen auch auf die Gewerbesteuerereinnahmen der Stadt haben wird. Viele Eigentümer in Weilimdorf machen sich z.B. Sorgen wegen Wertminderungen und Vermietbarkeit - das zeigt sich auch daran, wie viele dem Land mittlerweile ihre Immobilie im Mittleren Pfad in Eigeninitiative angeboten haben."

Haag sieht sich bekräftigt in seiner generell ablehnenden Haltung gegenüber einer LEA in Stuttgart. Sollte das Land diese trotz allem und gegen den Willen vieler vor Ort durchsetzen wollen, fordert Haag zumindest eine verbindliche zeitliche Befristung der Einrichtung.

Die anderen in Stuttgart in Prüfung befindlichen Standorte in Obertürkheim (Augsburger Straße 712), Stuttgart-Süd (Böblinger Straße 68-70), Bad Cannstatt (Neckartalstraße 153/155) und Vaihingen (Pascalstr. 100) werden zwar vorerst nicht priorisiert untersucht, jedoch schließt das Land diese zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht endgültig für eine LEA aus.

"Das Land sollte von den Prüfungen schnell absehen, damit die Gebäude für eine Nachnutzung, beispielsweise für Gewerbe oder Wohnraum, frei werden", fordert Haag.

Er wolle die Pläne weiter kritisch begleiten und sich weiterhin gegen die Einrichtung einer LEA in Stuttgart einsetzen.

Im Anhang:

- Kleine Anfrage Drucksache 17/9228

Kontakt:

Friedrich Haag MdL

T. 0711/ 2063 9240